

AUSSENANSICHT

Europa braucht
Abrüstung

MARTIN SINGE

Experte für
Grundrechte und
Demokratie

Im Schatten von Corona wird der Haushaltsausschuss des Bundes am 24. März eine Entscheidung mit großer Tragweite fällen. Die nächsten Millionen für die Eurodrohne sollen freigegeben werden. Diese Drohne ist Bestandteil eines gigantischen europäischen Aufrüstungsprojekts der kommenden Jahrzehnte. Sie steht im Verbund mit der Produktion eines neuen atomwaffenfähigen Mehrfachkampfflugzeuges (Future Combat Air System – FCAS), das der sogenannten „sechsten Generation“ angehört und deshalb auch „Next Generation Fighter“ (NGF) genannt wird. Experten sprechen von einem Projekt im Gesamtkostenumfang von über 300 Milliarden Euro, das bis 2040 einsatzfähig sein soll. Für Deutschland soll das NGF auch die Fähigkeit erfüllen, die dann „modernisierten“ Atombomben aus Büchel in gegnerische Ziele zu fliegen.

Macron und Merkel hatten diesem Rüstungsprojekt beim deutsch-französischen Verteidigungsgipfel Anfang Februar erneut grünes Licht gegeben. Nebenbei wird auch ein hochmoderner deutsch-französischer Panzer entwickelt. Schon jetzt werden für diese Waffensysteme hohe Exportzahlen einkalkuliert, um die Kosten für Europa zu senken. Die militärische Zusammenarbeit in der EU soll so ausgebaut werden, um als weltpolitischer Akteur mit militärischen Interventionsfähigkeiten „glaubwürdig“ zu sein. Dies alles ist ein Trauerspiel in Zeiten, in denen wir Milliarden zur Pandemie-Bekämpfung statt für Aufrüstung bräuchten. Kann Europa nicht viel glaubwürdiger als ziviler Akteur in der Weltpolitik auftreten? Bescheidene Ansätze zur zivilen Konfliktbearbeitung, für Mediationsverfahren und Vorschläge für eine solidarische Außenpolitik sind vorhanden, werden aber sträflich vernachlässigt.

Europa braucht nicht neue gigantische Aufrüstung, sondern Abrüstung, zunächst auf eine minimale Selbstverteidigungsfähigkeit hin. Dazu sollten auch der Beitritt der europäischen Staaten zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO sowie die Einrichtung einer „Atomwaffenfreien Zone Mitteleuropa“ gehören. Nötig wären eine neu gestaltete Entspannungspolitik, Verhandlungen und Kooperation auch mit Russland, um das vor 30 Jahren erträumte „Gemeinsame Haus Europa“ mit offenen Grenzen und im friedlichen Miteinander Wirklichkeit werden zu lassen. Dafür gilt es zu streiten.

 **AUTORENINFORMATION**

Der Autor (Foto: City Foto Center Bonn) ist Beisitzer des Förderkreises Darmstädter Signal.

Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.